

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltige Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 80

Stolpe, Dienstag, den 5. April 1927

51. Jahrgang

## Die Streitfrage des Konfordsats.

Ein unerwarteter Exkurs Dr. Stresemanns.

Berlin, 3. April. Am zweiten Tage der fünften allgemeinen Kulturtagung der Deutschen Volkspartei nahm als erster Redner Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort, um sich über einige kulturpolitische Fragen zu äußern. Gegenüber einer Anfrage, die dahin ging, daß der Außenminister ein Konfordsat aus außenpolitischen Gründen für erwünscht halte, erklärte Dr. Stresemann, daß er einen derartigen Satz niemals ausgesprochen habe. Er glaube, daß die Bedeutung dieser Frage auf dem inneren Gebiet deutschen Geisteslebens liege. Die Frage stehe in ihren Anfängen noch völlig in den Nefferts. Nach dem Vorgange in Bayern hiesse sie nicht mehr: „Reichskonfordsat oder nicht?“, sondern: „Reichskonfordsat oder Landeskonfordsat?“ und müsse leidenschaftslos behandelt werden. Jetzt gebe der ganze Sturm gegen ein etwaiges Reichskonfordsat. Es sei fessam, wenn die Demokratische Partei im Reiche sich an diesem Sturm beteilige, während ihre Aufgabe doch in Preußen liege, um hier durch den ihrer Partei angehörigen Kultusminister reaktionäre Entschliessungen zu verhindern. Wenn erst Bayern und Preußen ein Konfordsat hätten, dann sei für die großen Länder so viel geschehen, daß nur noch wenig zurückgenommen werden könne.

Hierzu wird aus Berlin gemeldet: Die Rede, die Dr. Stresemann in seiner Eigenschaft als Parteivorstand auf der gestrigen Kulturtagung der Deutschen Volkspartei gehalten hat, hat in hiesigen politischen und parlamentarischen Kreisen einiges Aufsehen erregt. Es läßt sich nicht leugnen, daß die von Dr. Stresemann ausgegebene Parole: „Kampf gegen jedes Konfordsat“ in der Regierungskoalition im Reich eine Bestimmung hervorgerufen hat, namentlich in Zentrumskreisen. Bereits am heutigen Vormittag war die Rede Stresemanns Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, von Guérard und dem Reichstagsminister Dr. Marx, der übrigens, wie auch die anderen der Volkspartei angehörenden Mitglieder des Reichstagsbundes von den Ausführungen Dr. Stresemanns vorher nicht unterrichtet worden waren. Am Nachmittage hat dann eine Sitzung des Fraktionsvorstandes der Zentrumspartei stattgefunden, in der die Rede, wie verlautet, ziemlich abfällig kritisiert wurde.

Auch in maßgebenden deutschnationalen Kreisen verheißt man nicht, daß man den Vorstoß Dr. Stresemanns gegen das Konfordsat für wenig zweckmäßig hält. Man ist über diese Rede deshalb überrascht, weil ein sachlicher Anlaß zu einem Kampf gegen das Konfordsat nach Ansicht der Deutschnationalen im Augenblick gar nicht vorliegt, nachdem in Preußen die Konfordsatverhandlungen zurückgestellt sind und nachdem im Reich gerade Dr. Stresemann als Außenminister das zu Konfordsatsverhandlungen in erster Linie verantwortliche Mitglied des Kabinetts sein würde. In Preußen waren vor einiger Zeit die Konfordsatsverhandlungen schon soweit fortgeschritten, daß der demokratische Kultusminister Dr. Weder schon mit der Zustimmung der Sozialdemokraten rechnen konnte. Als dann bei der Bildung der jetzigen Reichsregierung die Konfordsatsfrage vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus erörtert wurde, haben die Sozialdemokraten und Demokraten in Preußen den Abschluß des Konfordsats wieder zerfallen. Was das Reichskabinet betrifft, so hat es sich mit der Frage eines Konfordsats überhaupt nicht beschäftigt.

## Der Kampf um die Arbeitszeit.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 4. April.

In der Besprechung des Arbeitszeitgesetzes hatte schon am Sonnabend Abg. Dr. Rademacher (Deutschn.) die Bedeutung der Arbeitgeber gegen die Vorlage, besonders gegen die Bestrafung freiwilliger Mehrarbeit, geltend gemacht und ausgeführt, daß nur aus Rücksicht auf die Notwendigkeit des Arbeitsfriedens diese Bestrafung zurückgestellt werden könnten. In ähnlichem Sinne äußerte sich heute Abg. Dr. Pfeffer (D. Vp.), der u. a. ausführte, daß kein schlüssiger Beweis für Mißbräuche bei der Überstundenarbeit vorliege. Man müsse auch die Verhältnisse der Klein- und Saisonbetriebe berücksichtigen. Wenn man aber dem Inhaber der Kleinbetriebe verbiete, freiwillige Überstunden seiner Arbeiter anzunehmen, so müsse man auch den Arbeiter bestrafen, der außerhalb seiner regelmäßigen Arbeitszeit noch in einem anderen Betriebe tätig sei. Nur im Interesse eines billigen Ausgleichs stimmte der Redner dem Gesetz zu.

Abg. Räder (Komm.) empfahl mit scharfer Kritik an der Vorlage einen Antrag, der die Schlichtungsausschüsse und Schlichtungsstellen beseitigen will.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies Uebertreibungen des Vorredners zurück. Die Uebertreibungen ränden nicht nur auf dem Papier. 90 bis 95 Prozent aller Uebertunden würden zuschlagpflichtig sein. Das Ueberschichtenabkommen im Ruhrbergbau gelte nicht mehr

zwei Jahre, wie der kommunistische Antrag behauptet, sondern sei zum 31. Januar 1928 kündbar. Solche Abkommen gelten auch nur weiter, wenn sie freiwillig zustande gekommen seien: das sei aber beim Ruhrabkommen der Fall, eine Verbindlichkeitsklärung sei daher nicht nötig gewesen. Die Schwierigkeiten gingen übrigens nicht von Deutschland, sondern von England aus. Dort wolle man den Achtstundentag nicht einmal im Bergbau unter Tage durchführen. Mißbräuche, die Dr. Pfeffer bestritten habe, seien tatsächlich vorgekommen, namentlich in der Schwerindustrie und im Bergbau. Das neue Gesetz sei also nötig. Der Minister schloß mit der Hoffnung, der Ausschuß möge seine Arbeiten so beschleunigen, daß das Gesetz noch vor Ostern verabschiedet werden könne. (Beifall.)

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) verwies darauf, daß die bisherige Arbeitszeitverordnung in einer Zeit erlassen worden sei, wo es überhaupt keine Arbeitslosigkeit gegeben habe. Heute seien die Verhältnisse ganz anders und Mißbräuche nicht etwa vereinigt. Ohne Gesetz komme man nicht aus.

Abg. Schwarzer-Oberbayern (Bay. Vpt.) erblickt in dem Gesetzentwurf einen Fortschritt für die Arbeiter. Die 48-Stundenwoche sei das Ziel und sei auch nur noch eine Frage der Zeit.

Abg. Holzamer (Wirtsch. Vgg.) fürchtet, daß das Gesetz nicht diejenigen treffen werde, die getroffen werden sollen, nämlich die Industrie; denn die habe es immer verstanden, sich solchem Zwang zu entziehen.

Abg. Thiel (D. Vpt.) verlas eine große Zahl von Berichten über Bestrafungen von Arbeitgebern wegen Ueberschreitung der Arbeitszeit.

Darauf wurde das Arbeitszeitnotgesetz dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Bei der zweiten Beratung des Wahlgesetzes zur Sozialversicherung bekämpfte Abg. Richter (Soz.) das indirekte Pluralwahlrecht, das die Mehrheit des Ausschusses für die Angestellten verfügt habe. Er beantragte, diese Fassung wieder zu beseitigen und es auch für die Angestellten bei der direkten Verhältniswahl zu lassen.

Unter Ablehnung dieses Antrages wurde das Gesetz in zweiter und darauf auch in dritter Lesung angenommen.

Ein sozialdemokratischer Initiativantrag will die Neuerichtung von Zimmungsrentenkassen bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der ganzen Materie verbieten. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag abgelehnt, dagegen eine Entschliessung des Sozialpolitischen Ausschusses angenommen, die die Oberversicherungsämter auffordert, keine Genehmigung zur Errichtung lebensunfähiger Krankenkassen zu erteilen. Es folgte die Beratung von Anträgen über Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.

Abg. Karsten (Soz.) berichtete über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss beantragt, die Anträge für erledigt zu erklären durch die Annahme einer vom Ausschuss vorgelegten Novelle zur Invalidenversicherung. Danach sollen 7 Lohnklassen gebildet werden mit Wochenbeiträgen von 0,30 bis 2,00 Reichsmark. Als Parteiredner erklärte Abg. Karsten (Soz.) die Ausschussbeschlüsse für unzureichend.

Nach kurzer weiterer Aussprache wurde der Ausschussantrag angenommen.

Es folgte die Beratung mehrerer Anträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Dr. Schneider-Thüringen (Deutschn.) legt namens des Ausschusses eine Entschliessung vor, wonach in den Haushalten des Reichsarbeitsministeriums 25 Millionen Mark zur Beteiligung des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge eingesetzt werden sollen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, solange das Aufwertungs-gesetz noch nicht Wirksamkeit sei, bleibe bei den Kleinrentnern nichts anderes übrig als die Fürsorge. Die Entschliessung des Ausschusses zeige da einen praktischen Weg.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Bei der Abstimmung wird nach Ablehnung der Anträge der Linksparteien die Ausschussentschliessung angenommen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag.

## Kredite für Meliorationen.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 4. April.

Der Landtag beschäftigte sich zunächst mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes, wonach rund 30 Millionen Kredit zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen an Meliorationsverbände und zur Ausführung staatseigener Wasserbauten bereit gestellt werden.

In der Aussprache weist Landwirtschaftsminister Dr. Steiger die Behauptung deutschnationaler Landwirtschaftler zurück, die heutige preussische Regierung hätte ihre Pflicht auf dem Gebiete der Bodenkultur nicht erfüllt. Auch die Ausführungen der Zeitschrift des Hannoverischen Landbundes, wonach die Republik der Landwirtschaft jede Hilfe versage, sei unzutreffend. Der Minister betont, daß Preußen für Meliorationen

nicht aufgewendet habe, als es früher der Fall war. Man habe in Preußen jetzt eine Entwicklung, mit der das Deutschland der Vorkriegszeit überhaupt nichts ähnliches aufzuweisen habe!

Einstimmige Annahme findet darauf der sozialdemokratische Antrag, die vom Hauptausschuss gestrichenen 200 000 Mark für Neubau wieder einzufügen. Das Gesetz wird mit dieser Aenderung in allen Lesungen angenommen. Angenommen wird ferner ein interfraktioneller Entschliessungsantrag, wonach die durch das Gesetz bereitgestellten Mittel im Interesse der baldigen Inangriffnahme der Arbeiten dem Landwirtschaftsminister vorarbeitsweise zur Verfügung gestellt werden sollen.

Das Haus geht über zur zweiten

Beratung des Forsthaushaltes.

Mit der allgemeinen Besprechung wird die Beratung des deutschnationalen Antrages verbunden, bereitstehende Mittel zum Erwerb von bäuerlichem Uedlandsbesitz in Wäldern durch den Forstfiskus zum Zwecke der Aufforstung zu verwenden, sowie die kommunistische große Anfrage über eine Nachzahlung der Weihnachtsbeihilfen an Forstarbeiter.

Abg. Dallmer (Deutschn.) fordert, daß aus dem staatlichen Forstbesitz mehr als bisher herausgeholt werde. Die Forsten seien alle verschuldet. Abg. Schmelzer (Zir.) setzt sich für Zulassung von Oberförstereien ein. Abg. Graf Stolberg (D. Vp.) fordert Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der wirtschaftlichen Notlage der Forstbeamten. Die Privatforstbeamten forderten mit Recht einen staatlichen Titelschutz. Ersparnisse in der Forstverwaltung seien nötig, ebenso eine stärkere Dezentralisation. Die Regierung müsse alles tun, um die für den Holzbetrieb notwendige Belegung des Forstamtes zu fördern.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag.

## Im Zeichen der „Annäherung.“

Paris, 4. April. Bei einer Versammlung der Patriotischen Liga in Par le Duc hielt der frühere Kriegsminister Maginot eine Rede, in der er auf die Frage der französischen Sicherheit und der Befestigung des linken Rheinufers einging. Trotz des Völkerbundes müsse Frankreich selbst für seine Sicherheit Sorge tragen. Die vorzeitige Rheinlandräumung wäre ein Verbrechen gegen Frankreich und Polen. Die Möglichkeit, die Rheinlandbefestigung gegen andere Vorteile einzutauschen, wäre nicht diskutabel. Alle von Deutschland für die Aufhebung der Befestigung angeführten Gründe hätten keinen Wert, da Deutschland weder materiell noch moralisch entwaffnet habe (!). Wenn die deutsch-französische Annäherung mit dem Ende der Rheinlandbefestigung bezahlt werden müsse, so käme nur Verbeibehaltung der französischen Truppen im Rheinland in Frage.

Berlin, 4. April. Der Präsident der französischen Republik Doumergue, nahm gestern an der Eröffnung der Viller Messe teil. Seine Anwesenheit in Lille wurde mit großem Pomp gefeiert. In einer Ansprache auf einem Bankett des Stadt- und Generalrates wies Doumergue auf die große Friedensliebe (?) Frankreichs hin, aber, so erklärte er, wir können nicht die schreckliche Enttäuschung vergessen, die uns in jüngster Vergangenheit ein Uebermaß (?) an Vertrauen verursacht hat. Weder in Lille noch in der Provinz und in den übrigen ver-wüesteten Gebieten kann man die Erinnerung hieraus so rasch wieder verlieren.

## Die gefährlichen Reitervereine.

Die Befehungsarmee fühlt sich bedroht.

Der Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission hat an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete ein Schreiben gerichtet, in welchem zunächst auf die allgemeine Entwicklung der „Reitervereine“ im besetzten Gebiet, namentlich in der Pfalz und im Norden der besetzten Gebiete, hingewiesen wird. Es heißt dann weiter:

„Es besteht kein Anlaß zu dem Bemerken, daß die Betätigung dieser Vereinigungen im Pferdesport und Reitunterricht, entgegen den Beschlüssen der Rheinlandkommission und den von der deutschen Regierung eingegangenen Verpflichtungen, das bestimmte Ziel der militärischen Ausbildung verfolgt. Man kann feststellen, daß in den Orten, in denen ein „Reiterverein“ besteht, Ausbildungsübungen stattfinden und zu diesen Zwecke hergerichteten Geländen, die entweder Privatpersonen oder Gemeinden oder dem Reich gehören.“

Das Schreiben schließt, daß der Präsident die Aufmerksamkeit des Reichskommissars auf diese Neubildung bzw. Reorganisation von Reitervereinen lenken wolle, die geeignet seien, die Sicherheit der Befehungsgruppen zu gefährden.

## Der Bismarcktag in Hannover.

Ansprachen Wallraf und Stresemanns.

In der Haupttagung des Ersten Deutschen Bismarcktages in Hannover ergriff nach der Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Jarres Erzellenz Wallraf das Wort und





## Amtliche Bekanntmachungen.

Im Monat April finden im Jugendheim folgende Zahlungen statt:

an Kleinrentner am 6. April 1927

A-H von 8 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr  
J-R von 10—11 $\frac{1}{2}$  Uhr  
S-Z von 11 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$  Uhr

an Sozialrentner am 11. April 1927

A-R von 8 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$  Uhr  
S-Z von 11 $\frac{1}{2}$ —2 Uhr

an Kriegsbeschädigte am 11. April 1927

von 2 $\frac{1}{2}$ —4 Uhr

an Kriegshinterbliebene am 12. April 1927

A-R von 8 $\frac{1}{2}$ —1 Uhr  
S-Z von 1 $\frac{1}{2}$ —4 $\frac{1}{2}$  Uhr

Stolp, den 28. März 1927.

Der Magistrat.

## Stadttheater

Telephon 419.

Dienstag, den 5. April  
8 Uhr

Erstaufführung!

Das glühende Einmaleins

Ein Sommertagsstraum von  
G. W. Philipp.

Donnerstag, den 7. April  
8 Uhr

Das glühende Einmaleins

Die Verlobung meiner Tochter Anne-  
marie mit Herrn Wilhelm Crisolti, Ober-  
leutnant im 5. (Preuß.) Reiter-Regiment  
beehte ich mich anzuzelgen.

**Frau Gertrud Kranitzki**

geb. Fischer

Stolp i. Pom., den 4. April 1927.

Meine Verlobung mit Gräulein Anne-  
marie Kranitzki, Tochter des verstorbe-  
nen Kaufmanns und Hauptmanns d. Res.  
Herrn Paul Kranitzki und seiner Frau  
Gemahlin Gertrud geb. Fischer beehte ich  
mich anzuzelgen.

**Wilhelm Crisolti**

Oberleutnant i. 5. (Preuß.) Reiter-Regiment

Stolp i. Pom., den 4. April 1927.

## Bekanntmachung.

Auf allen Revieren unseres Friedhofs befindet sich eine  
große Anzahl Gräber, deren 40 jährige Liegezeit beendet ist.  
Nagehörige, die solche Gräber auf eine weitere Liegezeit  
(30 Jahre) erwerben wollen, werden ersucht, den Verkauf  
bis Ende April d. J. zu beantragen. Spätere Bewer-  
bungen werden nicht berücksichtigt. Wiederholt machen  
wir noch einmal bekannt, daß Gräber, die nicht gepflegt,  
mit Unkraut bewachsen und verwüstet aussehen, eingeeb-  
net werden. Denkmal und Stelle verbleiben jedoch Eigen-  
tum der Angehörigen bis zum Ablauf der angekauften  
Liegezeit.

Stolp, den 4. April 1927.

Der Gemeindefircherrat von St. Marien.

## Krieger-Verein 1876 Stolp.

Zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden

**Ferdinand Resin**

marschiert der Verein am Donnerstag, den 7. d. Mts.  
nachm. 3,50 Uhr vom Schweizergarten ab.

II Comp  
Der Vorstand.

## Singakademie Stolp.

Mittwoch, den 6. April, pünktl. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr

im Schützenhause

Aufführung des weltlichen Oratoriums

**Odysseus**

von Max Bruch.

Solisten: Erika Döring, Elfriede Breiten-  
reiter, Charlotte Köbuß, Felig  
Albrecht, Paul Ludwig, Wilhelm  
Küster

Orchester: Theaterkapelle u. Trompeter-Korps.

Direktion: Gustav Boenig.

Karten zu 2 Mk. für Loge und Saal,  
1 Mk. für Galerie, Textbücher zu 20 Pfg. bei  
Felig Albrecht und an der Abendkasse.

## Stolper Stallbau- Actien-Gesellschaft.

Die Herren Aktionäre un-  
serer Gesellschaft werden hier-  
mit zu der am

Mittwoch, d. 20. April 1927,  
Nachmittag 5 Uhr in Mundt's  
Hotel in Stolp stattfindenden

Generalversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vor-  
standes
2. Feststellung des Jahres-  
abschlusses und der Ge-  
winnverteilung für 1926.
3. Wahl je eines neuen Mit-  
gliedes für Vorstand und  
Aufsichtsrat.
4. Zustimmung zu einem  
Veraleich.
5. Geschäftliches
6. Anträge.

Der Vorstand.

Dr. Paul Siebe,  
Vorsitzender.

## Freibant.

Mittwoch nachm 2 Uhr  
Verkauf von Rindfleisch.

Die Schlachthofverwaltung.

Zuverl. verh. Mann sucht  
Stelle als

**Lagerverwalter,  
Bote, Kassierer**

oder ähnl. Vertrauensposten.  
Kantion vorh. Gefl. Angebote  
unter H. 3609 Geschäftsstelle  
dieser Zeitung.

## Uhren-



Reparaturen

sauberste und schnellste  
Ausführung.

== Billigste Preise. ==

**Kunst  
Uhrmacher**

Holstentorstrasse 5.

## Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

**Uhrmacher C. Haar**

Markt 19.



Für wenig Geld  
können Sie das Beste haben.

**Rama**  
MARGARINE  
butterfein

Meistgekauft-Margarine-Markedeutschlands

Die Qualität siegt!

½ D nur

50 Pfg.

Beim Einkauf Aenderzeitung, Die Rama-Post vom kleinen Coco  
oder Die Rama-Post vom lustigen Fips gratis.

## Offeriere Kaffee

von feinsten Qualität und Mischung  
Georg Köhl, Holstentorstr. 6.

## Hackmaschinen

„Pflanzenhilfe“

Original Sey  
ausgerüstet mit neuester

Be- und Entlastung des Hackrahmens

Parallelogrammbefestigung

Schnittwinklereinstellung

Die vollkommenste Maschine für alle Hackfrüchte  
empfiehlt ab Lager

**Gustav Denzer, Stolp**

Eisenwerkerei und Maschinenfabrik

Fernsprecher Nr. 37

Fernsprecher Nr. 248.

## Reißzeuge

in allen Größen am Lager.

**Optiker H ö r s k e**

Fachgeschäft für moderne Optik.

## Holzpantoffeln

liefert billig

**A. Bärtschdorf**

Dürr-Röhredorf in Sachsen  
Wiederverkäufer hoher Rabatt.

Rottlee

Weißlee

Schwedenklee

Thymothee

Rangras

Honiggras u.

Wiesengräser

bietet billigt an

**Carl Schröder.**

la. Bohnermasse  
in bekannter Güte entspricht  
J. de Veer, Langestraße 13